

Drei Jahre Regierung der Hindunationalisten vor dem Hintergrund der neueren Geschichte Indiens

Lütt, Jürgen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lütt, J. (2001). Drei Jahre Regierung der Hindunationalisten vor dem Hintergrund der neueren Geschichte Indiens. *Indien - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 79-105. <https://doi.org/10.11588/ijb.2001.0.1248>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:16-ijb-12489>

Drei Jahre Regierung der Hindunationalisten vor dem Hintergrund der neueren Geschichte Indiens

von
Jürgen Lütt

Es sind nun schon drei Jahre, dass eine von der Partei der Hindunationalisten geführte Regierung in Delhi regiert. Am 18. März 1998 trat das erste Kabinett Vajpayee an und hielt sich etwa ein Jahr lang, bis einer der 18 Koalitionspartner absprang und damit die Regierung zu Fall brachte. Nachdem die Kongresspartei unter Sonia Gandhi sich als unfähig erwiesen hatte, eine neue Regierung zu bilden, wurden Neuwahlen für den Herbst 1999 ausgeschrieben. In diesen wurde die Regierung Vajpayee bestätigt, diesmal auf einer noch breiteren Koalitionsbasis von 24 Parteien. Diese Koalition (National Democratic Alliance – NDA) gewann zusammen 301 Sitze (von insgesamt 543), die Bharatiya Janata Party (BJP) alleine kam auf 182 Sitze und hatte 23,70% aller Stimmen bekommen.

Obwohl die National Democratic Alliance nun eine satte Mehrheit im Zentralparlament hat, ist das Ergebnis der Wahlen vom Herbst 1999 doch ambivalent: Einerseits bedeutet es Bestätigung, ja Stärkung der BJP-geführten Regierung, andererseits sind leichte Stimmenverluste der BJP und ein Stimmenzuwachs der Kongresspartei zu verzeichnen. Die Verbreiterung der Koalition auf 24 Parteien ist ebenfalls eine zweischneidige Sache: Einerseits bedeutet sie mehr Gewicht im Parlament, andererseits muss Vajpayee auf mehr Interessen Rücksicht nehmen, was seinen Spielraum einschränkt. Der Sieg im Zentrum wird außerdem dadurch getrübt, dass in Uttar Pradesh, der alten Hochburg der BJP, die Zahl der Sitze halbiert wurde (von 57 auf 30).

Dennoch kann man sagen, dass mit dem Wahlergebnis vom Herbst 1999 sich bestätigt hat, was schon im Frühjahr 1998 eingeleitet wurde: Ein Erdbeben in der indischen Politik, ein fundamentaler Wechsel. Die Herrschaft der Kongresspartei ist nun zunächst einmal zu Ende. Sie hatte Indien seit der Unabhängigkeit im Jahre 1947 bis 1996 fast ununterbrochen regiert. Als Partei Mahatma Gandhis und Jawaharlal Nehrus hatte die Kongresspartei 1947 die Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht errungen. Ihr Niedergang allerdings begann schon unter Indira Gandhi, die 1984 ermordet wurde. Nachfolger wurde ihr Sohn Rajiv Gandhi, der im Herbst 1989 abgewählt wurde. Narasimha Rao konnte ab 1991 die Partei noch einige Jahre mehr recht als schlecht an der Macht halten, bis er und damit die Kongresspartei 1996 abgewählt wurden. Es folgten zwei schwache Koalitionsregierungen der linken Mitte, bis schließlich im Februar 1998 die BJP mit ihren Verbündeten die Wahlen gewann. Für eine Partei, die erst im Jahre 1980 gegründet wurde, ist der Aufstieg in nur 18 Jahren zur stärksten Einzelpartei (was die Mandate betrifft) und schließlich zur Regierungspartei ein beachtlicher Erfolg.¹

1 Image der Bharatiya Janata Party und Reaktionen

Der Aufstieg der BJP und des Hindunationalismus allgemein war völlig unerwartet und hat seitdem sowohl in Indien als auch im Ausland Alarm und Besorgnis ausgelöst. Die internationalen Medien sprachen und sprechen gerne von Hindufundamentalismus, ja sogar von Hindufaschismus.² In Indien selbst sprachen und sprechen die Gegner der Hindunationalisten meistens von „communalism“. Dieser angloindische, nur in Süd- und Südostasien geläufige Begriff muss erklärt werden, aber an dieser Stelle sei schon kurz gesagt: „communalism“ ist die Politik, die im Namen und im Interesse einer „community“ geführt wird, und steht im Gegensatz zu „Nationalismus“, der die Politik für das Ganze bezeichnet. In wissenschaftlichen Abhandlungen innerhalb und außerhalb Indiens wurden die Hindunationalisten bisher ebenfalls stets als eine regressive, reaktionäre Kraft eingeschätzt, die den scheinbar unaufhaltsamen Marsch Indiens auf dem demokratischen und säkularistischen Weg zur Modernisierung (repräsentiert von der Kongresspartei und allen „fortschrittlichen Kräften“) nur behindern, wenn nicht gar aufhalten könnte.

Soweit von Hindufundamentalismus gesprochen wird, sieht man in ihm die Entsprechung zum islamischen Fundamentalismus und befürchtet religi-

¹Es wird ausdrücklich auf den Artikel von Clemens Jürgenmeyer, „Die indische Union als Hindunation? Der Hindunationalismus als Faktor indischer Politik“, in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Indien 1998. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, S.60-90, hingewiesen. Manches kann daher vorausgesetzt werden.

²Einige Beispiele bei Jürgenmeyer, S.80.

ösen Fanatismus, der Hindus und Muslime sowie andere Gruppen gegen einander aufhetzen würde. Der Albtraum eines gigantischen Bürgerkrieges im Namen der Religionen wird heraufbeschworen, wie er ja schon einmal in der jüngeren Geschichte des Subkontinents tatsächlich stattgefunden hat, nämlich 1947 bei der Teilung Britisch Indiens in Pakistan und die Indische Union. Der Vorwurf des Hindu Faschismus kommt vor allem von marxistischer Seite. Eine eigens von der Kommunistischen Partei Indiens (CPI) gegründete Organisation, das Sampradayikta Virodh Committee³, hat die indische Öffentlichkeit jahrzehntelang mit Traktaten und Büchern vor der „faschistischen Gefahr“, die von den Hinduorganisationen ausgehe, gewarnt. Das alles schlug sich in der Berichterstattung der ausländischen Korrespondenten nieder, so dass die Weltöffentlichkeit nach dem Regierungsantritt der BJP das Schlimmste erwartete.

Einen Vorgeschmack auf das kommende Unheil schien man schon am 6. Dezember 1992 geboten zu bekommen, als in der kleinen nordindischen Stadt Ayodhya Hindunationalisten eine alte Moschee aus dem Jahre 1528 innerhalb weniger Stunden mit primitiven Werkzeugen dem Erdboden gleichmachten. Der Vorfall erschütterte damals ganz Indien – bei den folgenden Zusammenstößen zwischen Hindus und Muslimen kamen etwa 2.000 Menschen beider Religionsgruppen ums Leben –, belastete die Beziehungen mit Pakistan schwer und erregte negatives Aufsehen in der ganzen Welt. „Ayodhya“ ereignete sich in einer Zeit, als im Zentrum noch die Kongresspartei unter Narasimha Rao regierte. Als dann schließlich im Frühjahr 1998 die BJP unter Vajpayee an die Macht kam, war eine der ersten Aktionen der neuen Regierung im Mai 1998 die Zündung einiger Atomsprengsätze. Diesmal war es nur die außerindische Welt, die aufschrie. Man sah diese Maßnahme als Ausdruck chauvinistischen Großmachtstrebens, völlig unverantwortlich angesichts der Armut großer Teile der indischen Bevölkerung und gefährlich angesichts der dauernden Spannungen Indiens mit seinen Nachbarn Pakistan und China. Weitere Nahrung bekam das Negativimage der Hindunationalisten durch die Drangsalierung und Verfolgung von indischen Christen im westlichen Indien, im Unionsstaat Gujarat, wobei Nonnen vergewaltigt und Kirchen zerstört wurden. Höhepunkt dieser antichristlichen Aktivitäten war schließlich die Ermordung eines christlichen Missionars mit seinen beiden Söhnen im östlichen Unionsstaat Orissa im Januar 1999.

Um Ayodhya ist es seit 1993 relativ still geworden. Zum Thema Atomaufrüstung ist zu sagen, dass sie schon in den 70er Jahren von der Kongressregierung unter Indira Gandhi angefangen und von ihren Nachfolgern weiterbetrieben wurde (sonst wäre die Aktion der Regierung Vajpayee wenige Wochen nach Amtsantritt auch nicht möglich gewesen) und dass sie seitdem auf allgemeinem Konsens aller indischen Parteien und der Mehrheit der indischen Bevölkerung

³Anti-Communalismus-Komitee.

beruht. Die Ausschreitungen gegenüber Christen haben lokale Wurzeln, die Jahrzehnte weit zurückreichen. Für eine abschließende Bewertung bzw. Bilanz der ersten drei Jahre Vajpayee ist es sicherlich noch zu früh,⁴ aber soviel kann man wohl schon sagen, dass die negativen Befürchtungen insgesamt sich nicht bewahrheitet haben, schon gar nicht die Horrorvisionen. Im Gegenteil: Die offenkundigen Bemühungen Vajpayees um eine Annäherung an Pakistan (Busreise nach Lahore im Januar 1999), die dann allerdings von pakistanischer Seite in „Kargil“ im darauffolgenden Sommer schnöde enttäuscht wurden, und der Schulterschluss mit den USA im gemeinsamen Kampf gegen den „islamischen Terrorismus“ haben die hindunationalistische Regierung international weitgehend rehabilitiert. Innenpolitisch hat die Regierung für Stabilität gesorgt, die Zusammenstöße zwischen Hindus und Muslimen (communal riots) sind deutlich zurückgegangen. Das Ausbleiben der befürchteten Katastrophe und die stattdessen wider Erwarten eher positive Bilanz ist allerdings nur für diejenigen erstaunlich, die sich von der Propaganda der innenpolitischen Gegner der Hindunationalisten allzu sehr haben beeindruckt lassen.⁵

Die Gegner des Hindunationalismus haben ihn immer mit dem radikalen und ideologisierten Teil, repräsentiert durch den Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) und die Hindu Mahasabha (HMS) der dreißiger und vierziger Jahre, identifiziert und die BJP und andere lediglich als verlängerten Arm des RSS hingestellt.⁶ Der Hindunationalismus hat aber ein viel breiteres Spektrum, er ist viel älter als BJP und RSS, auch älter als das unabhängige Indien, er ist so alt wie das moderne Indien, in einem gewissen Grade sogar identisch mit ihm. Die Hauptkritiker der Hindunationalisten sind die Kongresspartei und die indischen Kommunisten; – die Kongresspartei, die schon unter Jawaharlal Nehru in den fünfziger Jahren immer weiter nach links rückte, bis sie sich unter Indira Gandhi sogar mit der Communist Party of India verbündete, und natürlich die Kommunisten selbst, die in den Hindu „communalists“ die indische Version des faschistischen Gespenstes entdeckt zu haben glaubten. Dass diese beiden alles taten, um den politischen Gegner und aufkommenden Rivalen niederzuhalten, ist verständlich.

Die Kongresspartei hat sich immer als die einzige legitime Vertreterin des indischen Volkes dargestellt und alle anderen Kräfte als antinational bekämpft. Das mag für die Zeit vor 1947 berechtigt gewesen sein, aber es wird leicht übersehen, dass sie nach 1947 ihren Charakter völlig verändert hat: Vor

⁴Über die neuesten Entwicklungen in diesem Zusammenhang siehe den Aufsatz von Arun Swamy, „India in 2000. A Respite from Instability“, in: *Asian Survey*, Vol.xli, 1, Jan./Feb. 2001, S.91-103.

⁵Jürgenmeyer warnte schon 1998 vor einem „Alarmismus“, gehört aber damit eher zu den Ausnahmen, op.cit. S.64.

⁶So auch in dem weit verbreiteten Büchlein *Khaki Shorts – Saffron Flags* von 1993, das von Professoren der beiden Universitäten Delhis verfasst wurde. Die marxistische Orientierung dieser Professoren ist bekannt. Siehe Bibliographie bei Jürgenmeyer.

1947 war sie eine Sammelbewegung, die auch hindunationalistische Elemente enthielt, und nach 1947 entwickelte sie sich zu einer ideologisch ausgerichteten Linkspartei, die alle ihr nun fremden Elemente abstieß. Die innenpolitischen Kämpfe zwischen den beiden Lagern – Kongresspartei und Kommunisten einerseits sowie Hindunationalisten andererseits – werden immer noch zu einem Großteil mit den Schlagworten und Argumenten der dreißiger und vierziger Jahre ausgefochten, dabei haben sich sowohl der Hindunationalismus als auch die Kongresspartei seit 1947 stark verändert. Um die heutige Situation zu verstehen, muss dieser Wandel dargestellt werden. Dazu ist es nötig, nicht nur auf die dreißiger und vierziger Jahre zurückzugreifen, sondern bis in die Anfänge des modernen Indien zurückzugehen.

Im Folgenden sollen die Vielschichtigkeit und die Wandlungen des Phänomens Hindunationalismus vor dem Hintergrund der Geschichte des modernen Indiens, vor allem in Beziehung zur Kongresspartei, dargestellt werden, woraus sich dann die Frage ergibt, wie die BJP-Regierung vor diesem Hintergrund einzuordnen ist.

2 Indischer Nationalismus und Hinduidentität

Bei der Gründung der Kongresspartei (Indian National Congress) im Jahre 1885 hätte es durchaus nahe gelegen, sich für eine Nationalbewegung auf hinduistischer Grundlage zu entscheiden. Die 72 Gründungsmitglieder der ersten Sitzung Ende 1885 in Bombay waren bis auf einige Parsis ausschließlich Hindus. Die Delegierten auch der nächsten Sitzungen waren zum größten Teil von ausgesprochen hinduistisch orientierten lokalen Vereinigungen entsandt worden. Überhaupt war der Gründung der Kongresspartei ein kulturelles Erwachen im ganzen Land vorausgegangen, das rein hinduistisch geprägt war und ja auch als „hinduistische Renaissance“ bezeichnet wird. Die indische Nationalbewegung muss vor dem Hintergrund einer neohinduistischen kulturellen Blüte gesehen werden. An ihrem Anfang standen bekanntlich die Aktivitäten Raja Rammohan Roys, des „Vaters des modernen Indiens“. Er war es, der als erster Indier die alten Hinduschriften neu interpretierte und damit einen geistigen Prozess in Gang setzte, der zur Wiederbelebung der alten Hindukultur und zu deren Synthese mit modernen Elementen der europäischen Aufklärung und des protestantischen Christentums geführt hat. Die großen Gestalten des modernen Indiens – Vivekananda, Gandhi, Aurobindo, Radhakrishnan – sind Teil dieses kulturellen Erwachens. Und eben auch der indische Nationalismus ist nur vor diesem Hintergrund verständlich.

Dennoch erklärte sich die Kongresspartei von vornherein als säkularistisch, d.h. über den religiösen Unterschieden stehend und eine indische Nation anstrebend, die alle Bewohner Indiens gleichberechtigt umschließen sollte. Sie vertrat also einen territorialen Nationalismus statt eines kulturellen. Das hat-

te hauptsächlich pragmatische Gründe: Man glaubte, dass es darauf ankomme, gegenüber den Briten eine einheitliche Front bilden zu müssen. Die Befürchtung (die durchaus berechtigt war), dass die Briten Hindus, Muslime und die anderen Gruppen gegeneinander ausspielen würden, zwang geradezu dazu, das territoriale Nationskonzept zu wählen. Zweitens spielte zumindest für die frühe Phase der Kongressbewegung eine Rolle, dass einige Parsis führende Positionen innehatten und damit das Hinduübergewicht etwas aufwogen.

Im Interesse also dieser pragmatisch motivierten gemeinsamen Front gegenüber den Briten warb der Kongress von Anfang an um die Teilnahme der anderen Religionsgruppen, an erster Stelle natürlich der Muslime, die immerhin 25% der Bevölkerung Britisch Indiens ausmachten. Das konnte nur im Namen eines säkularistischen bzw. territorialen Nationalismus geschehen. Die Muslime jedoch spielten das Spiel nicht mit. Von Anfang an weigerten sie sich in ihrer Mehrheit, der Kongresspartei beizutreten, um gemeinsam mit den übrigen Indern gegen die britische Herrschaft eine moderne indische Nation aufzubauen. Ihr Argument lautete, dass in einem zukünftigen nach parlamentarischen Regeln regierten Indien die Muslime zur ständigen Minderheit verdammt wären und damit für immer unter „Hinduherrschaft“ leben müssten. Sir Sayyid Ahmed Khan, der Führer der modernistisch orientierten Muslime, sah die Interessen seiner Religionsgenossen eher in einer Politik der demonstrativen Loyalität und Kooperation mit der britischen Regierung gewahrt. In diesem Sinne wurde 1906 eine eigene Interessenvertretung gegründet: die Muslimliga.

Die Gründung der Muslimliga war für den Alleinvertretungsanspruch der Kongresspartei ein schwerer Schlag. Die gemeinsame indische Front gegenüber den Briten war damit durchbrochen. In diesem historischen Moment hätte es nahe gelegen, den tatsächlich hinduistischen Charakter der Kongresspartei nun auch offen zu bekennen und das säkularistische Prinzip aufzugeben, so dass sich die indische Politik in eine Hindupartei und eine Muslimpartei polarisiert hätte, was eine Zusammenarbeit von Gleich zu Gleich ja nicht ausgeschlossen, vielleicht sogar erleichtert hätte. Die internen Bedingungen innerhalb der Kongresspartei in dieser Zeit waren für eine solche Wendung sogar besonders günstig. Schon seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts nämlich war in der Kongresspartei der Flügel der sog. Extremisten immer stärker geworden. Wenn man sich die Äußerungen ihrer Führer Aurobindo Ghose, Bal Gangadhar Tilak, Lala Lajpat Rai u.a. ansieht, wird sofort klar, dass sie eigentlich Hindunationalisten waren. Sie beriefen sich in ihren politischen Schriften fast ausschließlich auf Begriffe, Mythen und Symbole der hinduistischen Vergangenheit. Aber 1907 kam es bekanntlich zum Eklat zwischen den Extremisten und ihren innerparteilichen Gegnern, den Moderaten, der mit der Niederlage der Extremisten endete. Der Konflikt zwischen den beiden lag aber weniger an der hindunationalistischen Orientierung der Extremisten als

vielmehr an deren Absicht und Praxis, außerkonstitutionelle Methoden im politischen Kampf einzusetzen.

Die Kongresspartei blieb bei ihrem säkularistischen Kurs, beharrte weiterhin auf ihrem Anspruch, nur sie sei die legitime Stimme des indischen Nationalismus, alle anderen Organisationen seien als „communalist“ zu bekämpfen, da sie „antinational“ seien. Das typisch indische Gegensatzpaar „national gegen communal(ist)“ geht also auf die Rivalität um den Vertretungsanspruch der indischen Bevölkerung bzw. ihrer Teile gegenüber den Briten in der Frühphase der Nationalbewegung zurück. Indem die Kongresspartei den Begriff Nationalismus nur für einen allumfassenden „indischen“, d.h. ihren eigenen Nationalismus gelten ließ, wurde dem rivalisierenden Nationalismus der Muslimliga, der auf kultureller Grundlage stand, also dem Muslimnationalismus, die Qualität eines Nationalismus schon begrifflich abgesprochen – er wurde stattdessen als antinational und „communalist“ abgewertet. Dabei handelt es sich in Wirklichkeit, wie gesagt, nur um zwei verschiedene Varianten von Nationalismus.

Aber schon seit 1910 tobten in der Kongresspartei wieder interne Kämpfe wegen der Frage, ob auf die Einführung von getrennten Wählerschaften für die Muslime im Jahre 1909 mit dem Aufbau einer politischen Hinduorganisation geantwortet werden und die Kongresspartei nur noch als lose Dachorganisation dienen solle. Verschiedene Ansätze zu Neugründungen verliefen jedoch im Sande. Das säkularistische Prinzip setzte sich wieder durch, wobei in diesem Zusammenhang ein pikantes Argument vorgebracht wurde: Da die Hindus ja die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bilden (ca.70% in Britisch Indien) und außerdem auch bildungsmäßig den Muslimen weit überlegen seien, könnten sie es sich leisten, ein säkularistisches Nationskonzept zu vertreten, da sie ohnehin die Führung Indiens innehätten.

Im Punjab war allerdings schon 1907 – in Reaktion auf die Gründung der Muslim Liga – eine Hinduorganisation gegründet worden, die Punjab Hindu Sabha. Der Punjab war die einzige Provinz in Britisch Indien, in der die Hindus eindeutig in der Minderheit waren (30% Hindus, 15% Sikhs, 55% Muslime). Es gab weitere besondere Bedingungen im Punjab, die eine eigene Organisation der Hindus begünstigten, auf die aber hier nicht näher eingegangen werden kann.

Schon in der Punjab Hindu Sabha trat zutage, was bis heute den ganzen Hindunationalismus kennzeichnet: Reformen und Konservative standen sich in zwei Flügeln gegenüber. Die Reformen stammten meist aus dem Arya Samaj und waren kritisch bis ablehnend gegenüber dem Kastensystem. Sie vertraten einen kämpferischen reformierten Hinduismus, waren antimuslimisch und antibritisch. Die Konservativen dagegen hielten am traditionellen Hinduismus mitsamt seinem Kastenwesen fest, sie waren Sanatani Dharmis. Gegenüber den Briten waren sie eher loyal.

Die Punjab Hindu Sabha versuchte in den nächsten Jahren mühsam, sich über den Punjab hinaus auszudehnen und zu einer gesamtindischen Organisation zu werden. Das gelang erst 1915, aber auch diese All-India Hindu Sabha fristete zunächst ein Schattendasein, bis sie 1922, nun unter dem Namen Hindu Mahasabha (HMS), plötzlich ins politische Rampenlicht trat. Zwischen 1922 und 1925 sah es noch einmal so aus, als ob die indische Politik sich in eine Hindu- und eine Muslimpartei polarisieren würde, als nämlich Mahatma Gandhi seine Boykottkampagne abgebrochen hatte und sich für einige Jahre zurückzog. In diesem Moment trat die Hindu Mahasabha plötzlich auf die politische Bühne und schien das politische Vakuum auszufüllen. Dass es damals nicht zu einer solchen Polarisierung kam, hatte hauptsächlich zwei Gründe: die Uneinigkeit zwischen Konservativen und Reformern innerhalb der HMS in der Frage der Unberührbarkeit und die zögernde, schillernde Haltung ihres damaligen Präsidenten Pandit Madan Mohan Malaviya. Auf der einen Seite stemmte er sich gegen die Versuchung, aus der HMS eine politische Partei zu machen, die in Konkurrenz zur Kongresspartei getreten wäre, auf der anderen Seite benutzte er sie aber als Hausmacht innerhalb der Kongresspartei. Er sagte immer wieder, er wolle die HMS nicht zu einer eigenständigen Partei gegen die Kongresspartei machen, sondern zu einer Plattform für alle Hindus, auf der verbindlich Reformen auf sozialem und religiösem Gebiet beschlossen werden könnten.

Pandit Madan Mohan Malaviya (1861-1946) war seit den Anfängen der Kongresspartei einer ihrer prominentesten Politiker, aber neben seiner Tätigkeit in der Kongresspartei hatte er sich in rein hinduistischen Bewegungen als Führer hervorgetan: für die Anerkennung von Hindi als mit Urdu gleichberechtigte Amts- und Schulsprache (was 1900 erreicht wurde), für den Schutz der „heiligen Kuh“ und für die Errichtung der Benares Hindu University. Nach dem Tode Tilaks 1920 hätte Malaviya vermutlich an die Spitze der Nationalbewegung treten können, wenn nicht M.K. Gandhi mit seinem rasanten Aufstieg die Lage völlig verändert hätte. Malaviya war einer der wenigen prominenten Politiker der Kongresspartei, die damals nicht Gandhis Non-Cooperation-Bewegung beitraten, hauptsächlich aus dem Grund, weil er sich nicht zu einem Boykott der Benares Hindu University, seiner eigenen Schöpfung, entschließen konnte, wie es Gandhis Programm verlangte.⁷

⁷Die zweite damals vielversprechende Führungsfigur der indischen Politik, die sich Gandhis Bewegung verweigerte, war Jinnah. Durch Vermittlung Malaviyas war Jinnah 1904 in die Kongresspartei eingetreten und hatte sich erst 1912 bewegen lassen, Mitglied auch in der Muslimliga zu werden, unter der Bedingung, dass seine Mitgliedschaft dort nicht in Widerspruch zu seiner Zugehörigkeit zur Kongresspartei und „zu seiner Loyalität gegenüber der größeren nationalen Sache“ stehen dürfe. Das war damals möglich, da sich die Muslimliga unter der Führung der Young Party der Kongresspartei weitgehend annäherte. Zusammen mit Tilak war Jinnah maßgeblich am Zustandekommen des Lucknow-Paktes (1916) beteiligt. Damals verdiente er sich den Namen „Botschafter der Hindu-Muslim-Einheit“. Es sollte zu denken geben, dass sich Malaviya und Jinnah nach 1920 als die beiden von Gandhi

Malaviyas Politik des Lavierens zwischen der Kongresspartei und der HMS war für Freund und Feind allerdings nicht immer klar und einleuchtend, so dass das Missverständnis entstand, er wolle mit Hilfe der Hindu Mahasabha die Kongresspartei zu einer Hindupartei umfunktionieren, was wiederum Munition für die Muslimliga war, das Schreckgespenst eines Hinduindien an die Wand zu malen.

Obwohl Malaviya damals einer der populärsten Politiker Indiens war,⁸ ist er im heutigen Indien nur noch als der Gründer der Benares Hindu University bekannt, die Hindunationalisten berufen sich m.W. nicht mehr auf ihn. Der Grund liegt wohl darin, dass er einerseits in religiös-sozialen Fragen für heutige Verhältnisse zu konservativ war, andererseits durch sein ständiges Vermitteln und Lavieren kein klares politisches Profil entwickelt hatte, das für die heutige Politik als Vorbild dienen könnte.

3 Aufstieg und Fall des radikalen Hindunationalismus (1928-48)

Gegen die konservativ-liberale Politik Malaviyas (und Lala Lajpat Rais) drängten damals schon Kräfte in der HMS nach vorne, die aus ihr eine schlagkräftige politische Partei machen wollten, um damit sowohl der Kongresspartei als auch der Muslimliga Paroli zu bieten: B.S. Moonje aus Maharashtra und Bhai Parmanand aus dem Punjab waren ihre Führer. B.S. Moonje stammte aus der Schule Tilaks, Bhai Parmanand war ein Arya Samaji. Beide waren antimuslimisch und lehnten Gandhis Politik der Gewaltlosigkeit aus Prinzip ab. 1928 war Moonjes Stellung in der HMS schon so stark, dass er maßgeblich am Scheitern aller Kompromisse im Zusammenhang mit Jinnahs Angeboten und Forderungen beteiligt war. Aber erst 1937 wandelte sich die HMS endgültig in eine eigenständige Partei, als Vinayak Damodar Savarkar ihr Präsident wurde.

Savarkar stammte aus der terroristischen Tradition des indischen Nationalismus, und zwar aus dem Kreise jener jungen Brahmanen, die sich in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts in Maharashtra auf Tilaks Schriften beriefen, als sie Attentate auf britische Beamte verübten. Der junge Savarkar wich nach London aus, wo er im Umkreis von Shyamji Krishnavarmas India House auch Gandhi begegnet sein muss, als dieser im Jahre 1906 von Südafrika aus London besuchte, um bei höchsten Stellen in der Metropole für die Belange

an den Rand Gedrängten gut verstanden und verschiedentlich politisch zusammenarbeiten. Auch hier schimmert eine Möglichkeit auf, dass sich Hindu-Indien und Muslim-Indien gegenseitig anerkennen und als Gleichberechtigte auf höherer Ebene zusammenarbeiten.

⁸Der später durch sein Chinabuch berühmt gewordene Edgar Snow nannte ihn 1931, als er amerikanischer Korrespondent in Bombay war, den zweitbeliebtesten Politiker Indiens nach Gandhi.

seiner indischen Landsleute in Südafrika einzutreten. Gandhis Erfahrung mit der „school of violence“, über die er in seiner berühmten Schrift *Hind Swaraj* drei Jahre später seine entschiedene Ablehnung zum Ausdruck brachte, gehen auf diese Begegnung zurück. Der Mord an Gandhi durch Anhänger Savarkars am 30. Januar 1948 hat also eine lange Vorgeschichte, die bis zum Antagonismus dieser beiden Männer seit 1906 zurückreicht.

1909 wurde Savarkar als Drahtzieher eines Attentats auf einen britischen Beamten in London zu zweimal lebenslänglich (50 Jahren) Verbannung auf den Andamanen verurteilt (zufällig war Gandhi wiederum gerade in London und verdammt das Attentat als „verruchte Sünde“ und als feige, für die indische Sache schädliche Tat), wurde jedoch nach dem Ersten Weltkrieg vorzeitig entlassen, stand dann unter Hausarrest und durfte sich nicht politisch betätigen. Die neu gewählte Kongressregierung der Provinz Bombay setzte 1937 seine völlige Befreiung durch. Sofort stürzte er sich in die politische Arena und machte die Hindu Mahasabha zu einer politischen Partei, die sich in schroffen Gegensatz zur Politik Gandhis und der Kongresspartei setzte: gegen die Gewaltlosigkeit als Prinzip, gegen die angebliche Beschwichtigungspolitik gegenüber den Muslimen. „Hinduise politics and militarize Hinduism“ war seine Parole. Von Savarkar stammt der Begriff „Hindutva“, der in den achtziger Jahren wieder aktuell wurde. Savarkar hatte ihn in einem 1923 zunächst anonym erschienenen Buch vorgestellt und erläutert.

Savarkars neue Begriffsprägung „Hindutva“ ist eine Reaktion auf die Diskussion, die im Zuge der Volkszählung von 1911 über die Bedeutung der Begriffe „Hindu“ und „Hinduismus“ entbrannt war. Angesichts der Schwierigkeit, wenn nicht gar Unmöglichkeit, den Hinduismus zu definieren und einen gemeinsamen Nenner all der verschiedenen Richtungen und „Sekten“ im Hinduismus zu finden, hatten einige Leute (darunter der britische Zensuskommissar Gait) geschlossen, dass es Hindus bzw. den Hinduismus eigentlich gar nicht gebe. Savarkar antwortet darauf, dass die Einheit der Hindus nicht in religiösen Dogmen gesucht werden dürfe, sondern dass sie in der Gemeinsamkeit von Land, Rasse, und Kultur bestehe. Das „Land“ reiche vom Indus bis zum Ozean;⁹ mit „race“ gibt Savarkar den Sanskrit-Begriff *jati* wieder, der bekanntlich zunächst „Kaste“ als endogame Einheit bedeutet, heute aber auch das Hindiwort für „Nation“ ist; an dritter Stelle nennt Savarkar die historisch gewachsene „civilisation“, aber die wichtigste Gemeinsamkeit der Hindus liege darin, dass ihr Land zugleich das Land ihrer heiligen Stätten sei. Nur wer Indien auch als sein heiliges Land betrachte, könne ein Hindu sein, womit die Muslime und Christen, die ihre heiligen Stätten in Arabien hätten, aus der Hindutva ausgeschlossen sind.

Wir sehen also hier eine begriffliche Trennung zwischen Religion im engeren Sinne, nach der jeder seiner besonderen Glaubensrichtung folgen könne

⁹Siehe den Vers bei Jürgenmeier, 1998, S.71.

(dafür steht der alte Begriff Hinduismus), und der allen gemeinsamen Kultur, wofür der Begriff „Hindutva“ erfunden wird. Innerhalb der „Hindutva“ gibt es keine Schranken, alle sind gleichberechtigte Mitglieder der Nation. Savarkars Konzept ist ein Beispiel für den integralen Nationalismus, bei dem nach innen möglichst alle Schranken beseitigt werden, während nach außen klare Grenzen gezogen werden. Bemerkenswert für den indischen Zusammenhang ist, dass in diesem Modell die Kasten keinen Platz mehr haben. Tatsächlich hat Savarkar demonstrativ versucht, die Kastenschranken niederzureißen, indem er beispielhaft einen Tempel in Nasik errichten ließ, in dem Unberührbare neben Brahmanen ihren Gottesdienst verrichten konnten.

Zwei Jahre nachdem Savarkars Buch *Hindutva* erschienen war, wurde in Nagpur (heute Maharashtra) jene Organisation gegründet, die bis heute den besonderen Argwohn, um nicht zu sagen Hass, aller Gegner des Hindunationalismus auf sich gezogen hat: der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS, frei übersetzt: Nationale Freiwilligengemeinschaft). Es sollte ausdrücklich eine rein „kulturelle“ Organisation sein. Sie wurde ordnungsmäßig geführt mit starker Betonung der geistigen und körperlichen Disziplin; Sport mit stark militärischem Einschlag sollte eine große Rolle spielen. Ziel war die Heranbildung einer hindunationalistischen Elite, um nicht zu sagen eines Kadets. Als Gründer wird gewöhnlich ein bis dahin völlig unbekannter Mann namens Hedgewar genannt, aber tatsächlich gehörten zu den fünf Gründern auch B.S. Moonje und ein Bruder Savarkars. Damit bestand von vorneherein eine enge personelle Beziehung zwischen der zunächst von Moonje und Bhai Parmanand, dann von V.D. Savarkar beherrschten Hindu Mahasabha und dem RSS.

Die dreißiger Jahre waren die Zeit, in der auch international antiliberalen, antidemokratischen, autoritären und totalitären Bewegungen Konjunktur hatten, am ausgeprägtesten in der Sowjetunion einerseits, in Italien, Deutschland und Japan andererseits. Angesichts gewisser struktureller Ähnlichkeiten wie z.B. der Betonung des paramilitärischen Sports und einer Art Führerprinzip (*ek calak-anuvartitva*) wäre es also nicht überraschend, wenn sich RSS und Hindu Mahasabha damals zum Faschismus bzw. Nationalsozialismus bekannt hätten. Das wird ja auch von den Gegnern des Hindunationalismus bis heute unterstellt. Aber Belege dafür sind nicht zu finden. So sehr sich die italienische Historikerin Marzia Casolari auch bemüht, die Übereinstimmung von RSS und HMS mit dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland nachzuweisen,¹⁰ sie findet nur, dass Moonje im März 1931 seine Rückreise von London in Rom unterbrach und Mussolini einen Besuch abstattete, dass in der Presse Maharashtras immer wieder Artikel erschienen, die sich positiv über die Modernisierung und Militarisierung Italiens durch den Faschismus ausließen; sie findet eine Rede Savarkars vom 1. August 1938, in der dieser Italien und Deutschland gegen die Kritik durch Jawaharlal Neh-

¹⁰Marzia Casolari, 1998, passim.

ru verteidigt und in der er fordert, dass jedes Volk das Recht haben müsse, die ihm gemäße Regierungsform und -politik zu wählen.¹¹ Sie findet außerdem vier Äußerungen Savarkars zu den indischen Muslimen, in denen auf die Juden im nationalsozialistischen Deutschland hingewiesen wird. Diese Bemerkungen sind in der Tat problematisch, vor allem angesichts der späteren Ereignisse in Europa, aber reichen diese Befunde aus, um den RSS und die Hindu Mahasabha zu faschistischen Organisationen zu erklären?¹² Da ist eher Christophe Jaffrelot zuzustimmen, der zu dem Schluss kommt, dass der RSS neben dem europäischen Faschismus zu dem allgemeinen Phänomen antiliberaler Bewegungen der damaligen Zeit gehörte, aber selbst ein spezifisch indisches Phänomen sei, „which is not simply a reproduction of European fascism“.¹³

Die verbalen Sympathiebekundungen für die faschistischen Regime vor dem Krieg hinderten Savarkar nicht, zu Anfang des Krieges dem Vizekönig Linlithgow in einem Gespräch die Hilfe „der Hindus“ bei den Kriegsanstrengungen anzubieten.¹⁴ Das wurde allerdings nie offizielle Politik der HMS – im Gegensatz zu den indischen Kommunisten, die von 1942 an ganz offiziell mit den Briten kollaborierten. Die zweideutige, um nicht zu sagen zwielichtige Haltung von Savarkar und Moonje in der Frage der Kollaboration mit den Briten im Zweiten Weltkrieg erklärt sich daraus, dass beide im Kriegseinsatz die Chance sahen, dass möglichst viele Inder bzw. Hindus militärische Erfahrungen sammeln könnten. Es waren nicht die Hindunationalisten, die mit den Achsenmächten kollaborierten, sondern Subhas Chandra Bose, von dem aber inzwischen hinlänglich bekannt geworden sein dürfte, dass ihn an den Achsenmächten nicht deren Ideologie interessierte, sondern dass er in ihnen die potenziellen Verbündeten im Kampf gegen die Briten sah.

Die Ermordung Mahatma Gandhis am 30. Januar 1948 durch Hindunationalisten bedeutete nicht nur ein Trauma für ganz Indien, sondern ganz speziell auch für den Hindunationalismus, ja sie bedeutete auf Jahrzehnte die Diskreditierung der ganzen Bewegung des Hindunationalismus. Von den sieben Angeklagten im späteren Prozess waren sechs überzeugte Hindunationalisten, darunter der Präsident der Hindu Mahasabha Savarkar. Die Anklage gegen ihn stützte sich auf die Tatsache, dass der eigentliche Attentäter, Nathuram Godse, früher einmal sein Sekretär gewesen war. Doch es konnte nicht nachgewiesen werden, dass der Mord am Mahatma von der HMS oder dem

¹¹Diese Rede wurde durch Vermittlung eines deutschen Korrespondenten im *Völkischen Beobachter* vom 30. November 1938 veröffentlicht. Casolari, 1998, S.12.

¹²In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder auf eine Passage in Golwalkars Büchlein *We or Our Nationhood Defined* aus dem Jahre 1939 hingewiesen, in dem es angesichts der nationalsozialistischen Rassenpolitik heißt: „[...] a good lesson for us in Hindustan to learn and profit by“ (S.43). In seinem zweiten Buch *Bunch of Thoughts* von 1966 ist davon nicht mehr die Rede.

¹³Christophe Jaffrelot, *The Hindu Nationalist Movement in India*, New Delhi 1996, S.51.

¹⁴Casolari, 1998, S.18, dort Hinweis auf D.R. Goyal, *Rashtriya Swayamsevak Sangh*, New Delhi 1979, S.86.

RSS geplant worden wäre. Savarkar musste daher aus Mangel an Beweisen freigesprochen werden. Der Mord war, nach allem was man bis heute weiß, die Tat dieser begrenzten Verschwörergruppe um Apte und Godse, was nicht heißt, dass in den Reihen der Hindu Mahasabha der Hass auf Gandhi nicht verbreitet gewesen wäre.

Wenn immer betont wird, dass der Mahatma von einem „Hindunationalisten“ ermordet wurde, sollte man doch auch nicht vergessen, dass bei allen sonstigen Unterschieden der Weltanschauung auch Gandhi in seiner politischen Terminologie und Symbolik ganz vom Hinduismus geprägt war. Ahimsa, Satyagraha, Brahmacharya, Ramrajya – alles hinduistische Begriffe, sein Fasten, sein Leben im Ashram, ja sein ganzes Religionsverständnis stammen aus dem Hinduismus, so dass man ihn eigentlich auch als Hindunationalisten bezeichnen könnte (was die Muslimliga natürlich beharrlich getan hat). Es kommt darauf an, wie man Hindunationalismus definiert und ein wie breites Spektrum man dem Begriff zugesteht. Die Kongresspartei hat, wie gesagt, den Begriff Hindunationalismus immer tabuisiert und die kulturnationalistischen Rivalen, sei es die Muslimliga oder die Hindu Mahasabha als „kommunistisch“ stigmatisiert, sich aber zeitweise nicht gescheut, selbst hindunationalistische Begriffe zu gebrauchen, nicht zuletzt durch Gandhi.

Wenn wir kurz innehalten und von 1948 aus auf die moderne Geschichte Indiens seit 1815 bzw. 1885 zurückblicken, können wir feststellen, dass der Hinduarakter von Anfang an offenkundig und sehr stark war. Zwar vertrat die Kongresspartei offiziell einen territorialen, säkularistischen Nationalismus, aber man kann eigentlich nicht übersehen, dass die überwältigende Mehrheit der Mitglieder und der Führer Hindus, dass Terminologie und Symbolik phasenweise immer wieder hinduistisch waren, zunächst bei den Extremisten, später bei Gandhi, aber auch kontinuierlich bei Führern wie Malaviya. Letztlich kam es der Kongresspartei darauf an, die Massen zu mobilisieren und eine überwältigende und möglichst einheitliche Bewegung gegen die Briten auf die Beine zu bringen. Die Kongresspartei war ja keine ideologisch fixierte Partei, sondern eine Bewegung mit einem einzigen Ziel: eine unabhängige indische Nation zu schaffen. Dabei schloss sie im Laufe ihrer Geschichte alle möglichen Elemente und politischen Richtungen mit ein (seit den dreißiger Jahren auch zunehmend linke). Die Muslime einzubeziehen gelang ihr – bis auf eine kleine Gruppe, die Nationalist Muslims – nicht, wohl aber konnte sie den gemäßigten Hindunationalismus integrieren und neutralisieren – dank der Politik von Politikern wie Malaviya und Mahatma Gandhi. Die radikalen Hindunationalisten um Moonje und Savarkar ließen sich allerdings nicht integrieren und wurden schließlich von der Kongresspartei ausgeschlossen: Im Juni 1934 wurde in einer Resolution den Mitgliedern der Kongresspartei verboten, zugleich Mitglied in der HMS, im RSS oder in der Muslimliga zu sein.

Die Savarkar-Partei ist nicht etwa durch Wahlerfolge berühmt geworden (in den Wahlen zur Legislative Assembly 1946 konnte die HMS nur drei Sitze gewinnen), sondern durch den Mord an Mahatma Gandhi. Auf Jahrzehnte wurde Hindunationalismus mit Radikalismus, Terror und Militanz identifiziert, und die nächsten 30 Jahre waren seine Anhänger damit beschäftigt, von diesem Image wieder loszukommen.

4 Neuanfang: Der Bharatiya Jana Sangh im Indien Nehrus

Auf den Mord an Gandhi durch eine hindunationalistische Verschwörung reagierte die Regierung Nehru am 4.2.1948 mit dem Verbot des RSS, die Hindu Mahasabha wurde strengen Restriktionen unterworfen, viele ihrer Führer wurden verhaftet. Um einem totalen Verbot zuvorzukommen, beschloss der Arbeitsausschuss der HMS am 14. Februar 1948, ab sofort die politische Tätigkeit zu suspendieren.

Der RSS wurde unter der Bedingung, sich eine Verfassung zu geben, Mitgliederlisten zu führen, offen und nur auf kulturellem Gebiet zu wirken, am 12. Juli 1949 wieder zugelassen. Die selbstaufgelegte politische Zurückhaltung der HMS dauerte allerdings kaum sechs Monate. In den selbstkritischen Beratungen innerhalb der HMS tat sich vor allem Syama Prasad Mookerjee hervor. Mookerjee stammte aus dem bengalischen Zweig der HMS, der seit den zwanziger Jahren von den konservativen Marwaris beherrscht wurde. Mookerjee war der Sohn des bekannten früheren Vice-Chancellor der Universität von Kalkutta Sir Ashutosh Mookerjee und hatte sich selbst als tüchtiger Wissenschaftler und Politiker hervorgetan. Nehru hatte ihn sogar als Minister für Industrie und Beschaffung („Industries and Supplies“) in sein Kabinett geholt. Mookerjee gehörte zum gemäßigt konservativen Flügel der HMS im Gegensatz zu den radikalen Reformern und fanatischen Ideologen aus Maharashtra und dem Punjab.

Mookerjee erkannte, dass die HMS so diskreditiert war, dass sie sich erst einmal aus der Politik zurückziehen müsse und sich nur noch sozialen und kulturellen Problemen der Hindugemeinschaft widmen solle. Als er für diese Position in der Partei keine Mehrheit finden konnte, trat er aus und suchte nach Bundesgenossen für eine neue Partei. Am 21. Juni 1951 wurde in Delhi der Bharatiya Jana Sangh, kurz Jan Sangh, gegründet, nachdem auf Provinzebene entsprechende Gründungen vorausgegangen waren.

Aus den Programmen und öffentlichen Verlautbarungen der neuen Partei wird klar, dass sich diese Hindunationalisten von der engen und militanten Savarkar-Linie lösen wollten. Die Partei wolle sich „allen Bürgern Indiens ungeachtet ihrer Kaste, ihres Glaubens oder ihrer community“ öffnen, d.h. also

auch den Muslimen. Über sie heißt es: „They are welcome to worship the Islamic way. They are expected to live the Bharatiya way.“ Diese Formel besagt, dass man zwischen der individuellen Religionsausübung und der nationalen Kulturzugehörigkeit unterscheide. Anstelle des „Bharatiya way“ setzte sich bald der Begriff „Bharatiya Sanskriti“¹⁵ (indische Kultur) durch. In diesem Begriff ist die Feststellung und zugleich Forderung enthalten, dass alle Inder einschließlich der Muslime und Christen eine gemeinsame Kultur hätten, die wesentlich von der hinduistischen Vergangenheit geprägt sei. Der Vorwurf gegen die indischen Muslime von hindunationalistischer Seite lautete ja stets, dass sie sich zu sehr nach Arabien bzw. dem Iran orientierten, also extraterritoriale Loyalitäten pflegten, statt sich mit Indien zu identifizieren. Die indischen Muslime sollten sich zu ihrem stark synkretistisch geprägten, also spezifisch indischen Islam offen bekennen. Diese Position ist übrigens nicht allzu weit entfernt von der des Nationalist Muslim und Politikers der Kongresspartei Maulana Abul Kalam Azad, der ebenfalls einen indischen Islam und die Gemeinsamkeiten und Überschneidungen von Islam und Hinduismus betonte. Azad war einer der führenden Nationalist Muslims, enger Mitarbeiter Gandhis und während des Zweiten Weltkriegs Präsident der Kongresspartei.

Der Jan Sangh unter Mookerjee strebte eine „moderne und pragmatische Gesellschaft“ an, die aber auf den „alten Wurzeln und Idealen“ beruhen sollte, die sich in „all der Zeit bewährt“ hätten. Die „alten Wurzeln und Ideale“ werden erläutert als „Zusammenarbeit zwischen dem Individuum und seiner sozialen, beruflichen und religiösen Gruppe zum Wohle der gesamten Nation“. Das könnte man als organisches Gesellschaftsmodell, ja sogar als Rechtfertigung der Kaste deuten, ist aber nicht eindeutig. Jedenfalls setzt man sich ab vom „destruktiven Individualismus“ auf der einen Seite, womit offensichtlich der westliche Kapitalismus gemeint ist, und den „zerstörerischen Kräften“ auf der anderen, was wohl auf den Marxismus zielt. Der frühzeitige Tod Mookerjees am 23. Juni 1953 in Jammu unter bisher ungeklärten Umständen war ein schwerer Schlag für den Jan Sangh und den Hindunationalismus allgemein. Die einzige überzeugende Führerfigur von gesamtindischer Statur mit starker Hausmacht in Westbengalen war damit verschwunden. Der Hindunationalismus war auf Jahrzehnte praktisch führerlos.

Die Ermordung Gandhis und der frühzeitige Tod Mookerjees bedeuteten bis auf weiteres das Ende des politischen Hinduismus. Aber auch die „Gandhianer“ hatten keine Möglichkeit mehr, ihre Vorstellungen von einem neuen Indien durchzusetzen. Jawaharlal Nehru, erster Ministerpräsident des freien Indiens, und sein Kurs waren nun unangefochten. Nehru konnte ohne ernsthafte Opposition seine Ziele verfolgen: nämlich seine Variante des Sozialismus, die sich stark an der britischen Labour-Partei orientierte, aber auch Elemente aus dem Sowjetsystem übernahm, allerdings ohne dessen Terror. Das bedeutete

¹⁵Bharatiya Sanskriti ist ein Kernbegriff des Parteideologen Deen Dayal Upadhyaya.

massive Industrialisierung durch den sog. öffentlichen Sektor, d.h. straff zentralistisch gelenkte Staatsindustrie; es bedeutete ferner wirtschaftliche Autarkie durch „import substitution“, d.h. Abschottung vom Weltmarkt, damit der „private Sektor“ sich ungestört entfalten könne; kultur- und sozialpolitisch galt der Säkularismus, d.h. der Versuch, durch Herunterspielen, wenn nicht gar Bekämpfen jeder Art von „communalism“ die Spannungen zwischen den Religionsgemeinschaften, vor allem zwischen Hindus und Muslimen, auf Dauer zu beseitigen. „Secularism“ war das erhoffte Heilmittel gegen den „Virus“ oder gar das „Krebsgeschwür“ „communalism“.

Nehru machte die Kongresspartei zum Vehikel seiner Politik. Dazu musste sie aber von Grund auf verändert werden: War sie vor 1947 eine „Bewegung“ mit eng begrenztem Ziel, machte Nehru nun aus ihr eine linksideologische „Partei“ im eigentlichen Sinne. Diejenigen Politiker, die diesem Kurs nicht folgen mochten, wurden verdrängt. Patel, der „Bismarck Indiens“, starb rechtzeitig 1950; im selben Jahr wurde Rajendra Prasad, der schon immer ein Gegenspieler Nehrus gewesen war, durch Erhebung zum Präsidenten der Republik neutralisiert; und schließlich wurde der Vertreter des gemäßigten Hindunationalismus innerhalb der Kongresspartei Purushottam Das Tandon 1951 von Nehru kaltgestellt. In dem allgemeinen Optimismus und Schwung der 50er Jahre, in denen vom sozialistischen Modell schneller Fortschritt und allgemeiner Aufstieg Indiens zu einem modernen und starken Nationalstaat erhofft wurde, hatten die Hindunationalisten, die mit dem Odium des Partikularismus und des Mordes an Gandhi behaftet waren, keine Chance.

5 Bewährung 1975-1980

In den Wahlen konnte der Jan Sangh aus kleinsten Anfängen heraus langsam, aber stetig an Stimmen und Mandaten gewinnen. 1971 wurde dieser Aufstieg des Jan Sangh allerdings gestoppt. 1971 war das Jahr, in dem Indira Gandhi ihre größten Triumphe feierte und das Land noch einmal in eine Fortschritts- und Aufbruchseuphorie zu reißen verstand, nun mit der programmatischen Losung „Gharibi Hatao“ (Schlagt die Armut). In die Verfassung wurde der „Sozialismus“ als Staatsziel eingefügt. Die Politik ihres Vaters, die Kongresspartei immer mehr zu einer Linkspartei zu machen, setzte sie entschieden fort. Die verbliebenen „rechten“ Politiker der Partei, die nun in einer Pressekampagne als „syndicate“ in die reaktionäre Ecke gestellt wurden, bootete sie rücksichtslos aus und ließ sich von der Communist Party of India die nötige parlamentarische Mehrheit beschaffen, um ihre sozialistischen Maßnahmen durchzubringen: Verstaatlichung der Banken und weiterer wichtiger Branchen, die noch nicht zum „public sector“ gehört hatten. Es war die Zeit des Honeymoon mit der Sowjetunion, mit der im August 1971 im Zuge der Auseinandersetzung um Bangladesch ein Freundschaftsvertrag geschlossen wurde. Es war

auch in Indien die hohe Zeit des Marxismus, gleich drei marxistische Parteien drängten nach vorne, und zusätzlich die „Naxaliten“, die durch ihre „direkten Aktionen“, sprich durch Mord und Terror, das sozialistische Ziel zu erreichen suchten.

Aber die Aufbruchsstimmung verebbte bald, da sichtbare Erfolge ausblieben, es kam zur innenpolitischen Krise, die Indira Gandhi im Sommer 1975 mit der Ausrufung des Notstands („Emergency“) lösen zu können meinte. Eine ihrer ersten Maßnahmen war das Verbot der Oppositionsparteien und die Verhaftung ihrer Politiker einschließlich der Opponenten innerhalb ihrer eigenen Partei. Besonders hart traf es den Jana Sangh und den RSS. Den „communalism“ wollte man nun endgültig ausrotten. Jetzt fanden sich alle diese Politiker der Opposition im Gefängnis oder im Untergrund wieder. Die Emergency war die schwerste Krise in der Geschichte des unabhängigen Indien. Einen kurzen historischen Moment sah es so aus, als ob nun auch die „größte Demokratie der Welt“ den totalitären Weg gehen würde wie China, Vietnam, Kambodscha ...

Nach anderthalb Jahren nahm die Entwicklung eine unerwartete Wende: Indira Gandhi ließ Neuwahlen zu, offensichtlich in der festen Annahme, sie würde dadurch haushoch bestätigt werden. Stattdessen wurde sie abgewählt. Eine neue Partei übernahm die Regierung: die Janata Party, in der sich bisherige Oppositionsparteien (Bharatiya Lok Dal, Congress (O), Socialist Party, Congress for Democracy und nicht zuletzt der Bharatiya Jana Sangh) zusammengeschlossen hatten. Das stärkste Element in diesem Zusammenschluss war der frühere Jan Sangh (93 Sitze von 295 = 31,5%). In der Gefängnishaft hatten die Oppositionspolitiker Gelegenheit gehabt, sich näher kennenzulernen, und ihre Gemeinsamkeiten entdeckt. Ihr wichtigstes gemeinsames Ziel war: die Demokratie wiederherzustellen. In der neuen Regierung waren drei ehemalige Jan-Sangh-Mitglieder, darunter Vajpayee und Advani. Als Außenminister versuchte Vajpayee übrigens schon damals, das Verhältnis zu Pakistan zu entspannen. Was kein Minister der Kongresspartei bis dahin getan hatte, tat der Hindunationalist: Er reiste nach Pakistan. Auch die Beziehungen zu China, die seit dem Krieg von 1962 eingefroren waren, wollte er durch einen Besuch in Peking wiederbeleben. Die Janata-Regierung stürzte, bevor diese Politik Früchte tragen konnte. Beim Sturz der Janata-Regierung spielte u.a. auch eine Kampagne eine Rolle, in der den ehemaligen Jan-Sangh-Mitgliedern ihre gleichzeitige Mitgliedschaft im RSS vorgeworfen wurde.

Die Janata-Regierung sollte nur 2 3/4 Jahre halten, aber sie hatte ein wichtiges Ergebnis für den politischen Hinduismus: Seine Politiker waren maßgeblich an der Wiederherstellung der Demokratie beteiligt. Aus der politischen Ächtung heraus hatte er sich demokratisch legitimiert. Langfristig gesehen, ist der Hindunationalismus aus der Periode 1975-80 gestärkt hervorgegangen.

6 Zweiter Neuanfang (1980)

Nach dem Fall der Janata-Regierung im Januar 1980 löste sich die Janata Party auf. Aber die Hindunationalisten kehrten nicht zum alten Jan Sangh zurück, sondern gründeten am 6. April 1980 eine neue Partei mit dem Namen Bharatiya Janata Party (BJP). Die Kritiker behaupten, es hätte sich gegenüber dem alten Jan Sangh nichts geändert außer dem Namen. Das trifft jedoch nicht zu: Mit dem neuen Namen signalisierte die BJP, dass sie ihr Spektrum in sozialer und ideologischer Hinsicht erweitern wollte.¹⁶ Ihre Ziele wurden in den „fünf Verpflichtungen“ niedergelegt: 1. Nationalismus und nationale Integration, 2. Demokratie, 3. positiver Säkularismus, 4. gandhischer Sozialismus, 5. wertorientierte Politik.

Bemerkenswert sind die Punkte 2, 3 und 4. Mit der zweiten Verpflichtung wurde an die Bewegung Jayaprakash Narayans und an die Janata Party angeknüpft, die die Demokratie gegen die Diktatur Indira Gandhis verteidigt hatten. Man wolle gegen „faschistische Tendenzen“ kämpfen. Ironie der Geschichte, dass der Vorwurf des „Faschismus“, den sich vorher RSS und Jan Sangh hatten gefallen lassen müssen, nun von den Hindunationalisten gegen Indira Gandhis Kongresspartei gerichtet wurde.¹⁷

Mit der dritten Verpflichtung proklamierten die Hindunationalisten ein eigenes Verständnis von Säkularismus, das dem der Kongresspartei und der Kommunisten entgegengesetzt wurde. Für die Kongresspartei bedeutet der Begriff Säkularismus (secularism) seit Nehru in erster Linie Kampf gegen die Religion bzw. Religionen. In der Religion sahen Nehru und alle linken Kräfte im modernen Indien zweierlei Gefahr: 1. durch Politisierung der Religion Spaltung der Gesellschaft bis hin zum Bürgerkrieg, 2. Religion als Inbegriff geistiger Beschränkung und Obskurantismus und damit Haupthindernis der Modernisierung. Während die Kongresspartei einerseits in der Politik eine strikte Trennung von Religion und Politik forderte, hatte sie andererseits in der Verfassung durchgesetzt, dass der Staat das Recht, ja geradezu die Pflicht habe, in sozioreligiösen Fragen regulierend einzugreifen. Konkret schlug sich diese Intervention des Staates in drei Bereichen nieder: 1. im Privatrecht (Ehe-, Adoptions-, Schuld- und Erbrecht), 2. in der Kontrolle über religiöse Schenkungen an Tempel und Klöster, 3. im Kampf gegen die Unberührbarkeit und allgemein in der „positiven Diskriminierung“ der unteren Kasten der Hindu-gesellschaft. In ihrer Kritik warfen die Hindunationalisten der Kongresspolitik vor, dass dieses Säkularismuskonzept schiere Heuchelei sei. Es richte sich gegen Hinduinstitutionen und Einrichtungen, ohne die Integration der unte-

¹⁶Vajpayee distanzierte sich ausdrücklich vom früheren Jan Sangh. Katja Treptow, 1996, S.39.

¹⁷Der berühmte Publizist Arun Shourie schrieb nach der Emergency ein Buch mit dem Titel *Symptoms of Fascism*, in dem er die Emergency mit der Machtergreifung der deutschen Nationalsozialisten 1933 ausführlich verglich.

ren Kasten zu fördern, andererseits festige es den Sonderstatus der Muslime. Während der Staat in das Hinduprivatrecht massiv eingreife, habe er das Muslimprivatrecht bis heute nicht angetastet. Das geschehe aus wahlpolitischen Gründen im Interesse der Kongresspartei, da diese ihre „vote banks“ erhalten wolle. Mit dieser Politik werde geradezu eine „Communalisierung“ der Politik betrieben, anstatt die Integration zu fördern.

Gegen den „Pseudosäkularismus“ der Kongresspartei setzt die BJP ihren „positiven Säkularismus“. Konkret zielt dieses Konzept auf die Einbeziehung der Muslime und anderer Religionsgruppen in einen einheitlichen Civil Code, und allgemein zielt es gegen die antireligiöse Stoßrichtung des Kongresssäkularismus. Der Unterschied zwischen beiden kommt auch in der jeweiligen Hindifassung des Begriffs zum Vorschein: Während die Kongressversion mit dem Wort *dharmā-nir-apekshyata* wiedergegeben wird, was so viel wie Ignorierung bzw. Verleugnung der Religion („denial of religion“) bedeutet, sprechen die Hindunationalisten lieber von *sarva-dharma-sambhava*, Gleichheit bzw. Gleichwertigkeit aller Religionen. Zugleich seien aus der jahrhundertelangen Interaktion der verschiedenen Religionen in Indien gemeinsame Werte erwachsen, auf deren Basis die Bharatiya Samskriti beruhe, womit an die erste Verpflichtung des Katalogs angeknüpft wird.

Mit dem „gandhischen Sozialismus“ will man sich deutlich vom marxistischen Sozialismus abgrenzen. Der gandhische Sozialismus unterscheidet sich vom Marxismus in den folgenden Punkten: 1. Spirituelle Erfüllung ist für den Menschen so wichtig wie die Befriedigung materieller Bedürfnisse. 2. Gewalt als Mittel zur sozialen und wirtschaftlichen Veränderung bzw. zur Lösung von Klassenkonflikten wird abgelehnt. 3. Dezentralisierung der politischen und wirtschaftlichen Macht, vor allem Förderung des Dorfes und der ländlichen Gebiete statt Großindustrien und urbaner Konglomerate. Nicht übernommen wird aber die Industrie-feindschaft des Mahatma.

Ist das noch die Partei der Gandhi-Mörder? Mit dem neuen Namen und dem neuen Programm öffnete sich die Partei des Hindunationalismus weiter, sowohl programmatisch als auch sozial. Man sprach nun verstärkt breitere Wählerschichten an, vor allem die ländliche Bevölkerung, die unteren Schichten der Hindus, ja auch die Muslime.

In den ersten Parlamentswahlen Ende 1984, also vier Jahre nach ihrer Gründung, erlitt die neue Partei allerdings eine schwere Schlappe, sie bekam nur zwei Sitze im Zentralparlament.¹⁸ Das lag wohl am Mitleidsbonus, den Rajiv Gandhi nach der Ermordung seiner Mutter am 31. Oktober zugebilligt bekam. Danach aber begann der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg, der die BJP nur 14 Jahre später zur stärksten Einzelpartei (nach Parlamentssitzen) und zur Regierungspartei gemacht hat.

¹⁸Der Stimmenanteil jedoch betrug 7,4%, also wie 1971, und sie war, daran gemessen, zweitstärkste Partei.

Der große Sprung im Zentralparlament auf 86 Sitze (11,6% der Stimmen) fand in den Wahlen Ende 1989 statt, als Rajiv Gandhi abgewählt wurde. Aber ein allgemeiner Stimmungswandel hatte schon viel früher begonnen. Seit den frühen achtziger Jahren beherrschten hindupolitische Themen mehr und mehr die Innenpolitik. Neben der BJP machte eine Organisation von sich reden, die behauptet, alle Hindus der Welt zu vertreten: die Vishva Hindu Parishad (VHP), der Welthindurat. Die VHP war schon 1964 mit dem Ziel gegründet worden, eine Brücke zwischen den radikalen und ideologisierten Reformhindus und den traditionellen geistlichen Führern des Hinduismus zu schlagen, den Sadhus, Sants, Acharyas, Goswamis und Gurus der verschiedensten Richtungen und „Sekten“. Das erinnert an die Politik Pandit Malaviyas aus den 20er Jahren, der damals aus der Hindu Mahasabha eine Plattform für die autoritative Behandlung allgemeiner Probleme aller Hindus, vor allem sozioreligiöser Natur, machen wollte. Damit gliedert sich das Spektrum des „Hindunationalismus“ organisatorisch in drei Bereiche: RSS, VHP und BJP.

Die drei (und einige Untergruppierungen) werden in der Öffentlichkeit oft als Sangh Parivar = Sangh-Familie zusammengefasst, als ob sie eine koordinierte Einheit bildeten.¹⁹ Es gibt zwar Verbindungen und Überschneidungen, vor allem in den Führungsspitzen, aber der jeweilige Charakter dieser drei Organisationen ist doch erheblich verschieden: Der RSS repräsentiert die „modernste“ Form des Hinduismus, d.h., er hat sich am weitesten vom traditionellen Hinduismus entfernt. Der RSS benutzt das Begriffs-, Bilder- und Mythenarsenal des Hinduismus für eine radikale nationalistische Ideologie, die im Innern möglichst große Homogenität und nach außen möglichst klare Grenzen schaffen will. Damit vertritt er das Gegenteil von dem, was den traditionellen Hinduismus auszeichnet, nämlich größtmögliche Vielfalt und Diversifizierung im Innern und verschwimmende Grenzen nach außen. Beim gegenwärtigen Zustand der Hindugesellschaft hat er mit diesem Konzept wenig Chancen, über seine relativ kleinen Kader hinauszugelangen. Der Versuch der VHP, reformierte und traditionelle Hindus zusammenzubringen, dürfte auf Grund der beträchtlichen Unterschiede zwischen diesen beiden Flügeln und der Heterogenität des Hinduismus so schnell nicht gelingen. Die BJP als politische Partei bietet das breiteste Spektrum dessen, was man unter dem Begriff „Hinduismus“ zusammenfassen kann, nicht nur dass sie gandhische Ideen und Elemente des „indischen Sozialismus“ umschließt, sondern sie hält die Tür sogar offen für Muslime und andere Nichthindus. Es kann keine Rede davon sein, dass VHP und BJP am Gängelband des RSS hängen. In den Wahlen von 1984 z.B. war es ein offenes Geheimnis, dass Teile des RSS für die Kongresspartei stimmten, da diese ihren Wahlkampf unter das Motto „National Unity and Integration“ gestellt hatte. Der Höhepunkt der Distanzierung der BJP vom RSS ist wohl das Interview, das der Präsident der BJP Gangaru Laxman

¹⁹Der Shiv Sena gehört *nicht* dazu.

kürzlich der Zeitschrift *India Today* gegeben hat: „RSS is not the conscience keeper of the BJP.“²⁰

Welche Faktoren haben nun in den achtziger Jahren den Stimmungswandel zugunsten des Hindunationalismus in der indischen Öffentlichkeit herbeigeführt? Zunächst die abnehmende Attraktivität der Kongresspartei, um nicht zu sagen ihr Versagen, die Versprechungen, die sie seit Nehrus Tagen in den 50er Jahren gemacht hatte, in die Tat umzusetzen. Aus der einstigen Sammelbewegung war nach der Unabhängigkeit mehr und mehr eine sozialistische Partei geworden, die immer enger mit der CPI zusammenarbeitete. Zugleich beanspruchte sie weiterhin, die einzige und wahre nationale Partei Indiens zu sein. Sobald sich abzeichnete, dass sie ihre Versprechen nicht erfüllen konnte, wurde das Vakuum, das auf der nichtsozialistischen Seite des politischen Spektrums geschaffen worden war, schmerzhaft deutlich. Das Vakuum schrie geradezu danach, ausgefüllt zu werden. Die indische Politik brauchte eine alternative nationale Partei.

Vor allem die wirtschaftlichen Versprechen Nehrus und später Indira Gandhis (Gharibi Hatao) wurden nicht erfüllt. Die Staatsindustrie und das Lizenzwesen für den privaten Sektor hatten zu Verkrustung, Korruption, Bürokratisierung und letztlich zu wirtschaftlicher Stagnation geführt. Die Autarkiepolitik gegenüber dem Ausland („import substitution“) war gescheitert, da sie die indische Industrie nicht stark und effizient werden lassen, im Gegenteil: Der geschützte Markt hatte ihre Entwicklung gehemmt. Die BJP machte sich schon in den achtziger Jahren zum Sprachrohr einer Liberalisierung der indischen Wirtschaft. Unter dem Druck einer akuten Notlage hat dann schon die Regierung der Kongresspartei unter Narasimha Rao im Jahre 1991 das Ruder herumgeworfen, aber eher widerwillig und zögerlich. Sie war auch darauf überhaupt nicht vorbereitet.

Die Staatsideologie des Säkularismus, wie ihn die Kongresspartei verstand, hatte große Teile der Hindus befremdet und nicht wirklich zur Integration der muslimischen Bevölkerung geführt, im Gegenteil: Man kann geradezu von einer Fossilisierung der indischen Muslime sprechen. Ihre Führer sahen ihre Hauptaufgabe darin, ihre Privilegien (gesondertes Familienrecht) eifersüchtig zu wahren. Zur Belohnung versprachen sie, ihre Glaubensbrüder als sichere „vote bank“ für die Kongresspartei zu erhalten. In diesem Zusammenhang spielt der Fall Shah Bano eine sehr wichtige Rolle.

Im spektakulären Fall Shah Bano ging es um die Frage, ob die Unterhaltsklage einer geschiedenen Muslimin namens Shah Bano nach der allgemeinen indischen Strafprozessordnung oder nach dem besonderen islamischen Familienrecht (Muslim Personal Law) entschieden werden sollte. Der Supreme Court, bei dem der Fall schließlich landete, entschied gegen das islamische Familienrecht. Daraufhin inszenierten die Muslim-Liga und der Muslim Personal Law

²⁰ *India Today* vom 30. Oktober 2000, S.21.

Board eine Massenkampagne in ganz Indien, bei der es in den großen Städten zu Massenversammlungen und in Westbengalen zum Generalstreik kam. Dort wurde auch ein muslimischer Gelehrter, der sich für religiöse Reformen eingesetzt hatte, von einem muslimischen Mob zu Tode gesteinigt. Auf Shah Bano wurde von ihren Glaubensgenossen ein derartiger Druck ausgeübt, dass sie sich schließlich vom Spruch des Supreme Court, der ja zu ihren Gunsten ausgefallen war, öffentlich distanzierte und sich bei ihrer Religionsgruppe entschuldigte. Der Generalsekretär der Muslim-Liga reichte einen Gesetzentwurf im Parlament ein, der die indische Strafprozessordnung im Sinne des muslimischen Rechts ergänzen sollte. Die Regierung Rajiv Gandhi einschließlich ihres muslimischen Innenministers hatte sich die ganze Zeit im Sinne der Entscheidung des Supreme Court ausgesprochen. Aber angesichts der Wahlen in Assam, wo die Muslime etwa 25% ausmachen, fiel Rajiv um. Im Mai 1986 trat die Vorlage der Muslimliga in Gestalt des Muslim Woman (Protection of Rights on Divorce) Act in Kraft.

In den Augen der Hinduöffentlichkeit zeigte dieser Fall zweierlei: 1. Die muslimische Minderheit war nicht gewillt, auf ihren Sonderstatus zu verzichten, sondern im Gegenteil: Im Konfliktfall scheute sie keine Mittel, ihre Privilegien zu verteidigen. 2. Die Kongresspartei war bereit, ihren vielbeschworenen Säkularismus zu verraten, wenn es um wahltaktische Vorteile ging. Sie betrieb eine Politik des „pampering the minorities“ und speziell des „Muslim appeasement“.

Die Wirkung dieser Ereignisse auf die folgende Entwicklung kann gar nicht weit reichend genug eingeschätzt werden. Advani nannte den Fall Shah Bano einen „watershed event in mobilizing Hindu sentiment behind his party“.²¹

Die Quittung bekam die Kongresspartei in den Wahlen vom Herbst 1989 präsentiert: Sie erlitt eine verheerende Niederlage, und die Regierung Rajiv Gandhi wurde abgewählt. Das Jahr zwischen Herbst 1989 und Herbst 1990 bedeutet auch für Indien eine Wende: nämlich das Ende des Monopols der Kongresspartei als „nationaler Partei“ und die Etablierung der BJP als der zweiten großen gesamtindischen Alternative. Neben der Nachwirkung des Falls Shah Bano und den Korruptionsskandalen der Kongresspartei spielten dabei zwei andere Faktoren die entscheidende Rolle: die Ayodhya-Kampagne der Vishva Hindu Parishad (VHP) und der Mandal Commission Report.²² Am 24.12.1988 hatte die VHP beschlossen, eine Kampagne für den Aufbau eines Rama-Tempels in Ayodhya zu starten. Die BJP schloss sich ihr zunächst nicht an, wenn sie auch auf einem Exekutivtreffen der Partei in Palampur vom 9. bis 11. Juni 1989 in einer Resolution forderte, dass „Ram Janmasthan (must

²¹Ramesh Thakur, „Ayodhya and the politics of India's secularism: A Double-Standards Discours“, in: *Asian Survey*, Nr.7, Juli 1993, S.650, zitiert nach K. Treptow 1996, S.42.

²²Die Ayodhya-Kampagne ist an anderer Stelle ausführlich behandelt worden, siehe Bibliographie bei Jürgenmeyer.

be) handed over to the Hindus – if possible through a negotiated settlement, or else by legislation“.²³ Im Wahlkampf des Herbstes 1989 verzichtete die BJP ausdrücklich darauf, „Ayodhya“ in ihr Programm aufzunehmen – aus Rücksicht auf die Geschlossenheit der Front gegen die Kongresspartei, die sich um den Janata Dal V.P. Singhs scharte, der dann ja auch die nächste Regierung bildete.

Erst als Premierminister V.P. Singh am 7. August 1990 völlig überraschend die Ausdehnung der Quoten und Reservierungen auf die sog. Other Backward Castes (OBC) verkündete (Empfehlung des Mandal Commission Reports – MCR), machte sich die BJP das Thema Ayodhya zu eigen und startete eine eigene Kampagne, den sog. Rathayatra (Wagenprozession). V.P. Singhs Beschluss vom 7. August 1990 war seinerseits nicht etwa eine Reaktion auf die Ayodhya-Kampagne der VHP, wie manchmal suggeriert wird, sondern Folge seines Konflikts mit Devi Lal, seinem engen Mitstreiter und Kabinettskollegen (worauf hier nicht näher eingegangen werden kann).

Der Mandal Commission Report forderte, 52% aller öffentlichen Stellen für die OBC zu reservieren, zusammen mit den schon bestehenden 22,5% für die Unberührbaren (Scheduled Castes) und die Stämme (Scheduled Tribes) ergäbe das 74,5% zu reservierende Plätze für die zu schützenden und zu fördernden „Minderheiten“. Mit der Verfassung schien es aber unvereinbar, dass mehr als 50% dafür in Frage kommen. Daher sollten laut MCR nur 27% für die OBC reserviert werden, was zusammen mit den SC und ST die Gesamtzahl 49,5 % ergibt, also fast die Hälfte.

Die BJP fühlte sich durch diese Regelung im Kern ihres Selbstverständnisses getroffen. Ihr Hauptanliegen war es immer gewesen, die Zersplitterung der Bevölkerung, vor allem der Hindus, in viele einzelne „Minderheiten“ zu verhindern und stattdessen eine gemeinsame Identität zu schaffen. Die Gefahr der Zersplitterung zeigte sich schon seit dem Aufstieg der Dalits²⁴, für die es seit 1985 eine eigene Partei gab, die Bahujana Samaj Party (BSP). Das Menetekel eines allgemeinen Kastenkrieges erschien drohend am Horizont. Am 12. September 1990, also etwa einen Monat nach V.P. Singhs Beschluss vom 7. August, beschloss die BJP ihren Rathayatra.²⁵ Der Parteivorsitzende Ad-

²³A. Moin Zaidi, *Annual Register of Indian Political Parties 1989*, New Delhi 1991, S.141ff., zitiert nach K. Treptow, 1996, S.52.

²⁴Selbstbezeichnung der Unberührbaren, hauptsächlich der Chamars, seit den 70er Jahren.

²⁵Damit ist m.E. die Kontroverse über die Frage, wer auf wen reagiert hat – V.P. Singh mit seinen OBC-Quoten auf die Ayodhya-Kampagne der BJP oder umgekehrt die BJP mit ihrem Rathayatra auf die OBC-Quoten – zugunsten der letzteren klar beantwortet. Es hatte zwar schon vor dem 7. August 1990 Äußerungen von Advani und anderen BJP-Politikern gegeben, die die Ayodhya-Kampagne der VHP ausdrücklich unterstützten, aber keinen offiziellen Beschluss der BJP. Dass Advani in Interviews am 23.9.1990 und 23.11.1990 einen ursächlichen Zusammenhang zwischen „Mandal“ und Rathayatra bestritt, kann damit erklärt werden, dass der Eindruck vermieden werden sollte, die BJP sei gegen die OBC.

vani höchstpersönlich setzte sich am 25. September 1990 an die Spitze der Wagenprozession, die durch ihren Zug durch das ganze Land alle Kräfte für die Hindueinheit im Namen Ramas sammeln sollte. Der Ausspruch eines BJP-Parlamentariers bezeichnet die Situation: „If anything can overwhelm Mandal, then it is the wider canvas of Hindutva.“²⁶ Als Advani verhaftet wurde, entzog die BJP der Regierung V.P. Singh das Vertrauen (7.11.1990).

In den Parlamentswahlen vom Mai 1991 triumphierte noch einmal die Kongresspartei mit 36% der Stimmen und 244 Sitzen, aber dieses Ergebnis war zweifellos dem Mitleidsbonus wegen der Ermordung Rajiv Gandhis am 22.5.1991 zu verdanken, es verdeckt die Tatsache, dass der BJP bei diesen Wahlen der entscheidende Durchbruch gelang: Sie erreichte 20% der Stimmen und 120 Sitze. In den gleichzeitig stattfindenden Wahlen für das Parlament des Unionsstaates Uttar Pradesh ging sie mit 34% der Stimmen und 223 Sitzen als Sieger hervor und bildete die Regierung. Schon vorher hatte sie in den Unionsstaaten Himachal Pradesh, Madhya Pradesh und Rajasthan die Regierungsmacht übernommen. Der Aufstieg der BJP als Alternative zur Kongresspartei konnte aber langfristig nicht aufgehalten, nur verzögert werden – immerhin für weitere sieben Jahre bis 1998.

Der BJP ist es innerhalb von 18 Jahren gelungen, die Kongresspartei als große nationale Partei zu ersetzen. Um diesen Erfolg zu verstehen, muss man erkennen, dass die BJP sich sehr weit von den Positionen des RSS und der Hindu Mahasabha der dreißiger und vierziger Jahre entfernt hat. Mit zwei Neugründungen 1951 und 1980 wurde das auch äußerlich markiert. Jede Neugründung bedeutete Öffnung und Erweiterung sowohl des Programms als auch der anzusprechenden Wählerschichten. Darüber hinaus hat sie vor den Herbstwahlen des Jahres 1989 ihrem Parteistatut folgenden Satz hinzugefügt: „The Party shall bear true faith and allegiance to the Constitution of India as by law established and to the principles of socialism, secularism and democracy and would uphold the sovereignty, unity and integrity of India.“²⁷ Damit hat sie die drei zentralen Begriffe Sozialismus, Säkularismus und Demokratie, die die Kongresspartei jahrzehntelang für sich beansprucht hatte, selbst besetzt, aber mit einer neuen, d.h. ihrer eigenen Bedeutung: Sozialismus aus dem Erbe der JP-Bewegung, „positiven Säkularismus“ im Sinne von *sarva-dharma-sambhava*, und Demokratie in dem Sinne, wie sie während der Emergency von der Kongresspartei zurückerrungen worden war.

²⁶Mahesh Vijapurkar: „To Ayodhya“, in: *Frontline*, 13.-26.10.1990, S.23, zitiert nach K. Treptow, 1996, S.68.

²⁷Zaidi, 1992, S.187, zitiert nach Treptow, 1996, S.56/7.

7 Zusammenfassung

Ausgehend von der Feststellung, dass die Regierung der Hindunationalisten seit drei Jahren nicht die befürchtete fundamentalistische oder faschistische Repression oder gar den Bürgerkrieg zwischen Hindus und Muslimen gebracht hat, sollte gezeigt werden, dass ein Blick in die weitere Vergangenheit des neueren Indien deutlich werden lässt, dass der Hindunationalismus ein kontinuierliches Element der modernen Geschichte Indiens ist und ein viel breiteres Spektrum umfasst, als es die Rekurrierung der Gegner auf die radikale Phase der dreißiger und vierziger Jahre erscheinen lässt. Der Hindunationalismus ist nicht ein Bruch, ein Unfall der indischen Politik, sondern vielmehr eine Konstante der modernen indischen Geschichte seit dem frühen 19. Jahrhundert. Aus größerem Abstand gesehen, wird sich vielleicht eher die sozialistische Phase der Kongresspartei zwischen 1950 und 1977 als ein Zwischenspiel erweisen.

Die Brandmarkung des Hindunationalismus als „communalism“, Fundamentalismus oder Faschismus muss als Teil der innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen den jeweiligen Lagern gesehen werden.

„Communalism“ erweist sich als Kampfbegriff des territorialen Nationalismus gegen den kulturellen Nationalismus. Trotz der Verwurzelung der indischen Nationalbewegung in der Hindurenaissance musste aus pragmatischen Gründen eine gemeinsame Front gegen die Briten gewahrt werden, daher die eifersüchtige Politik der Kongresspartei, keine „kommunistischen“ Bestrebungen neben sich zu dulden. Nach 1947 diente der Begriff „communalism“ zur Ächtung des politischen Gegners auf der Rechten durch die immer weiter nach links rückende Kongresspartei und die Kommunisten.

Der Begriff „Hindufundamentalismus“ ist in Indien erst in den 80er Jahren aufgekommen – offensichtlich in Analogie zum Begriff „islamischer Fundamentalismus“. An anderer Stelle²⁸ ist gezeigt worden, dass es sich in doppelter Hinsicht um eine Fehlbezeichnung handelt. Der Hinduismus hat weder ein Fundament im Sinne einer verbindlichen Lehre, noch handelt es sich um eine primär religiöse Bewegung im militanten Gewande. Wenn es überhaupt ein „Fundament“ gibt, auf das sich ein Hindufundamentalismus beziehen könnte, dann wäre es nicht irgendeine Doktrin, sondern das Kastensystem. Die Textbasis des Kastensystems sind die alten Rechtstexte, vor allem Manus Gesetzbuch. Meines Wissens beruft sich kein Politiker und keine Partei in Indien auf Manus Gesetzbuch als Basis für das heutige Indien. Im Gegenteil: Alle Reformer waren bisher bestrebt, die Bedeutung der Kaste herunterzuspielen, wenn nicht ganz zu verwerfen. Gerade der RSS ist am radikalsten in seiner Ablehnung des Kastensystems.

²⁸Jürgen Lütt, *Der Hinduismus auf der Suche nach einem Fundament*, siehe Bibliographie bei Jürgenmeyer 1998.

Handelt es sich beim Hindunationalismus um „Faschismus“? Der Vorwurf kommt hauptsächlich von Seiten der Kommunisten und Teilen der Kongresspartei. Er bezieht sich vor allem auf den RSS und auf die Hindu Mahasabha der dreißiger und vierziger Jahre. Die HMS ist praktisch verschwunden, und auch der RSS hat sich geändert. Aber vor allem gegenüber dem Jan Sangh und der BJP ist der Vorwurf abwegig. Während den Juden im Dritten Reich jede Integration verweigert wurde, welcher politischen Anschauung sie auch gewesen sein mögen, wird den indischen Muslimen von der BJP die Integration angeboten, wenn auch unter einer bestimmten Bedingung. Diese lautet: anzuerkennen, dass auch die indischen Muslime zur indischen Kultur gehören, die nun einmal im Laufe von dreitausend Jahren vom Hinduismus, der Religion und Kultur von vier Fünfteln der indischen Bevölkerung, geprägt wurde (Bharatiya Sanskriti, nicht Hindu Sanskriti). Es war der Jan Sangh, der mitgeholfen hat, nach dem „Faschismus“ der „Emergency“ die Demokratie in Indien wiederherzustellen.

Gegen diese drei Kampfbegriffe der politischen Gegner hat sich der Begriff Hindunationalismus in den letzten Jahren zu Recht mehr und mehr durchgesetzt. Er trifft die Sache am besten: Mit ihm wird eine neue Integrationsideologie für das moderne Indien angeboten, nachdem die Kongresspartei mit der ihren gescheitert ist.

Literaturverzeichnis

Auf die Bibliographie im Anschluss an den Artikel von Clemens Jürgenmeyer in *Indien 1998. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, herausgegeben von Werner Draguhn, Hamburg: Institut für Asienkunde 1998, S.88-90, wird hingewiesen. Zur Ergänzung seien folgende Titel genannt:

Baxter, Craig, *Jana Sangh. A Biography of an Indian Political Party*, Bombay etc. 1971

Casolari, Marzia, „Italian Fascism and Indian Radical Nationalism: the Case of the (sic!) Hindu Fundamentalism“, Vortrag vor der 15th European Conference on Modern South Asian Studies, Prag, 8.-12. September 1998, Panel 7

Deshmukh, Nana, *R.S.S.: Victim of Slander. A Multi-dimensional Study of RSS, Jana Sangh, Janata Party and the Present Political Crisis*, New Delhi 1979 (vom RSS-Standpunkt)

Dharampal-Frick, Gita, „Zwischen 'Säkularismus' und 'Kommunalismus'. Identitätsprobleme in der indischen Politik und Gesellschaft seit der Unabhängigkeit“, in: Wolfgang Reinhard (Hrsg.), *Die fundamentalistische Re-*

- volution. Partikularistische Bewegungen der Gegenwart und ihr Umgang mit der Geschichte*, Freiburg im Breisgau 1995, S.133-149
- Fischer-Tiné, Harald, *Der Gurukul Kangri und die Erziehung der Arya-Nation. Geschichte und Ideologie eines antikolonialen Bildungsexperimentes in Britisch Indien (1897-1922)*, Phil.-Diss. Heidelberg 2000 (erscheint voraussichtlich 2002)
- Ghosh, Partha S., *BJP and the Evolution of Hindu Nationalism*, New Delhi 1999
- Golwalkar, M.S., *Bunch of Thoughts*, Bangalore 1966
- Gottlob, Michael, „Kommunalismus, Nationalismus, Säkularismus. Historisches Denken in Indien vor dem Problem der kulturellen Vielfalt“, in: J. Rüsen, M. Gottlob und A. Mittag (Hrsg.), *Die Vielfalt der Kulturen – Erinnerung, Geschichte, Identität*, Frankfurt am Main 1998, S.510-541
- Goyal, Des Raj, *Rashtriya Swayamsewak Sangh*, New Delhi 1979 (kritisch)
- Lütt, Jürgen, „Die regionalen Wurzeln der Hindu Mahasabha“, in: H. Kulte, D. Rothermund (Hrsg.), *Regionale Tradition in Südasien*, Wiesbaden, 1985, S.219-232
- Mishra, Dina Nath, *RSS: Myth and Reality*, New Delhi 1980 (mit einem Vorwort von L.K.Advani)
- Puri, Geeta, *Bharatiya Jana Sangh. Organisation and Ideology*, New Delhi 1980 (ursprünglich Dissertation an der Jawaharlal Nehru University)
- Schied, Michael, *Die Evolution einer fundamentalistischen Bewegung im Hinduismus: Der Ayodhya-Konflikt*, unveröffentl. Phil.-Diss. am Fachbereich Asien- und Afrikawissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin, Dezember 1992
- Shouri, Arun, *Symptoms of Fascism*, New Delhi 1977
- Traud-Dubois, Susanne, *Vom Nationalismus zum Fundamentalismus. Der Politische Hinduismus im heutigen Indien*, unveröffentlichte Magisterarbeit an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1991
- Treptow, Katja, *Die Bharatiya Janata Party – Geschichte und Profil einer indischen Partei*, unveröffentlichte Magisterarbeit, Institut für Asien- und Afrikawissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin, Juli 1996
- Zavos, John, *The Emergence of Hindu Nationalism in India*, Oxford University Press, New Delhi 2000

Werner Draguhn (Hrsg.)

Indien 2001

Politik
Wirtschaft
Gesellschaft

Redaktioneller Beirat:

Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Dietmar Rothermund
Dr. Christian Wagner

Beiträge von:

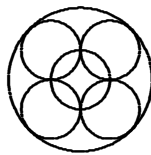
Joachim Betz	Citha D. Maaß
Jagdish P. Bhati	Sonja Majumder
Elfriede Bierbrauer	Nina V. Michaelis
Dirk Bronger	Joachim Oesterheld
Jona Dohrmann	Helmut Reifeld
Alexander Fischer	Hans Christoph Rieger
Sushila Gosalia	Dietmar Rothermund
Michael von Hauff	Michael Schied
Heinrich Kreft	Ralf Schmid
Claudia Kruchten-Weinrich	Christian Wagner
Beate Kruse	Martin Z. Wilderer
Jürgen Lütt	Wolfgang-Peter Zingel



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung in L^AT_EX auf Linux: Ruth Cordes, Wiebke Timpe
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-267-0
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2001



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 - Fax: (040) 42834 512).